





# Deutsches Reich.

## Kardinal Roppes letzte Fahrt.

Der Sonderzug, der die Leiche des verstorbenen Kardinal-Erzbischofs v. Ropp von Troppau nach Breslau bringt, traf Freitag nachmittags 4.39 Uhr in Breslau ein. Das Domkapitel und die Geistlichkeit erwarteten die Leiche am Bahnhofsplatz und geleiteten sie in feierlichem Zuge zur kirchlichhöflichen Bestattung, wo die Aufbahrung in der Hauskapelle erfolgte. Die Ueberführung der Leiche vom Palais nach dem Dom erfolgte Dienstag vormittag. Die Beisetzungsfeierlichkeiten begannen vormittags 10 Uhr. — Bei der Feier amtierten der Erzbischof von Köln Dr. Felix v. Hartmann, Bischof Schmitz-Beil und Weihbischof Klawnski. Die Gedächtnisrede hielt Dompropädeut Domherr Perling. In dem Schluss des Hochaltars, direkt vor dem Gehlitz, in welchem er dem Gottesdienste beizuwohnte, findet der Kardinal die letzte Ruhestätte.

## Die Bewilligung des Dispositionsfonds für den Statthalter der Reichslande.

Die Zweite Kammer des reichsständischen Landtages nahm gestern den Dispositionsfonds des Statthalters in Höhe von 100 000 Mark mit 23 gegen 13 Stimmen an. Die Zentrumsabgeordneten Hadpich und Wetzels erklärten sich für die Bewilligung. Der Abgeordnete Drumm richtete im Mittelhauser Plakat an den Staatssekretär die Anfrage, ob ihm bekannt sei, daß Abgeordnete der Kammer bei ihrer Anwesenheit auf dem Bahnhof durch die Polizei beobachtet würden. Darauf erwiderte Ministerialdirektor Gronau, daß der Zentralschutz und der Polizeidirektion hieron nichts bekannt sei.

## Ein zweiter Prozeß wegen Verleumdung des Kronprinzen.

Der wegen Kronprinzenverleumdung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte Schriftsteller Hans Leuß hat durch seinen Verteidiger Justizrat Barnau gegen das Urteil der 4. Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin Revision beim Reichsgericht anmelden lassen. Heute hat sich vor derselben Strafkammer der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ ebenfalls wegen Kronprinzenverleumdung zu verantworten. Unter Anklage gestellt ist eine im „Vorwärts“ veröffentlichte Satire, die sich mit der Person des Kronprinzen beschäftigt.

**Besuche des deutschen Kaiserpaars in Venedig.** Der „Corriere della Sera“ bestätigt, daß das deutsche Kaiserpaar am 23. März mit zweien ihrer Söhne über Ala in Venedig einreisen und dort drei Tage verweilen wird. Sodann erfolgt auf der Kaiserfahrt „Solenzollern“ die Fahrt nach Korfu. Auf der Rückfahrt nach Deutschland sei ebenfalls ein Aufenthalt in Venedig vorgesehen.

**Eine neue Landtagsordnung in Königreich Sachsen.** Die Einführung neuer Anfragen und die Reform der Präsidialbefugnisse wurde vom Diskussionsrat der Zweiten Kammer unter Hinzuziehung der Fraktionsvorsitzenden erörtert. Man kam überein, die Angelegenheit zunächst von der Ersten Kammer behandeln zu lassen, deren Mitglied Maß den Entwurf einer neuen Landtagsordnung ausgearbeitet hat.

**Die Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses** übermis der Regierung zur Erwägung eine Petition betreffend Erweiterung der Rechte der außerordentlichen Professoren, nachdem ein Regierungsvertreter auf das Entgegenkommen des Kultusministers gegenüber den Wünschen der Extraordinarien hingewiesen hatte. Eine Petition betreffend die Neuregelung des Privatdozentenwesens soll bei der Beratung des vom Herrenhaufe bereits verabschiedeten Gesetzes über Jubiläumsgeltern in Schlußsachen erledigt werden.

**Ein Wechsel in der Leitung des dritten bayerischen Armeekorps?** Aus München wird berichtet: Der kommandierende General des dritten bayerischen Armeekorps, Freiherr v. Horn, der längere Zeit sehr schwer erkrankt war, soll nach einem Gericht um seinen Abschied nachgesucht haben. Das bayerische Kriegsministerium erklärt auf Anfrage, daß ihm hieron nichts bekannt sei. General v. Horn wird aber wahrscheinlich für die Dauer seinen Dienst wegzumachen können.

**Der Durchgangsverkehr des holländischen Viehes durch Deutschland verboten.** Der deutsche Gehalte im Haag hat nach dem „Lofalan“, der holländischen Regierung mitgeteilt, daß die preussische Regierung wegen der in Holland verzeichneten Fälle von Maul- und Klauenpest den Durchgangsverkehr des holländischen Viehes durch Deutschland vorläufig verbiete.

## Ausland.

**Aus der französischen Kammer und dem Senat.** Die Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, der besagt, das Wahlrecht in Paris, die Freiheit der Wähler sowie die christliche Abwägung der Wahlsprüche zu sichern. — Der Senat hat einen Antrag angenommen, die Entwässerung durch Maßnahmen zu bekämpfen, die zur Hebung der Geburtenziffer geeignet sind.

**i. Der neue Aus in Schweden.** Das Stockholmer Ministerium verfiel gegen den Oberbürgermeister Lindbom, den Führer der sozialistischen Partei Schwedens, wegen landesverräterischer Kundgebungen die Eröffnung des Strafverfahrens. Die neue Regierung hat ferner die Staatsanwaltschaften aufgefordert, gegen die Verurteilung des Königshaus in der Presse und in Versammlungen mit Anklageerhebung einzuschreiten. In dem Gerichtspräsidenten sind allein neun Zeitungen, im Gerichtspräsidenten Upland acht Zeitungen in Anklagezustand verfiel. Der Kriegsminister ernannte durch königliche Order 22 Offiziere aus dem Heere wegen politischer Betätigung unter dem vorausgegangenen Ministerium Staff. — Die Presse der Linken gibt dem Befremden Ausdruck, daß wegen der Differenz, die sich wegen der Dienstzeit der Infanterie zwischen der neuen Vorlage und dem Karlskrona-Programm ergeben hat und die gleich auch unter dem Ministerium der Linken zu überbrücken gewesen wäre, der gewöhnliche Brauch vom König prorogiert worden sei. — Der König hat das Staatsprotokoll, das die Verteidigungsvorlage der Regierung begründet, veröffentlicht. Das Staatsprotokoll schließt mit folgender Erklärung des Königs:

Nach meiner Auffassung soll das Volk Gelegenheit haben, durch die Bewahrung der Zweiten Kammer seine Ansicht über die Verteidigungsfragen zu erkennen zu geben. Von der Lösung der Lebensfragen des Landes hängt die Möglichkeit ab, Freiheit und Unabhängigkeit zu bewahren und unsere Neutralität zu sichern. Ich stimme also der Vorlage des

Staatsministers zu. Ich möchte bei dieser Gelegenheit erklären, daß jeder Wunsch oder jedes Bestreben nach einer gewissenhaften Lösung nicht fern war, ist und bleiben wird. Nach dem Gehalt der Verhandlung und in ihrem Geiste habe ich getreu meinem Pflichten mit Gott für das Vaterland, bisher mehr königliche Amt verwalte. Von meinem festen Entschluß, dies auch in Zukunft zu tun, werde ich niemals abweichen.

Der türkisch-österreichische Friedensvertrag. Wie in London verlautet, kann der türkisch-österreichische Friedensvertrag nunmehr als endgültig abgeschlossen betrachtet werden.

## XXVIII. Landtag der Provinz Sachsen.

### 6. Plenarsitzung.

(Von unserem Spezial-Beichtäter.)

#### h. l. Verlesung, 6. März.

Der Vorsitzende Graf v. Wartensleben eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mitteilungen. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1 behandelt den Bericht der Anstaltskommission über die Provinzialausführungsvorlage, betr. Abänderung der Ordnung für die Landesheilanstalten sowie der Reglements für die Blinden- und Taubstummenanstalten wegen Erhöhung der Unterhaltungskostenbeiträge.

Der Berichterstatter Abg. Gehling-Weininger beantragt namens der Anstaltskommission, die Provinzialausführungsvorlage mit einigen unwesentlichen, von der Kommission vorgeschlagenen redaktionellen Veränderungen anzunehmen. Für das Wort „Reglement“ überall „Ordnung“ zu setzen.

Die Vorlage wird vom Landtag ohne Debatte angenommen.

2. Bericht der Anstaltskommission über die Provinzialausführungsvorlage, betr. Erlaß von Reglements für die Landeserziehungsanstalten der Provinz Sachsen.

Der Berichterstatter Abg. Dr. Küster-Vangensalza beantragt namens der Anstaltskommission die Annahme des von Provinzialausführungsvorlage gestellten Antrags. Auch hier ist für das Wort „Reglement“ überall das Wort „Ordnung“ zu setzen.

Die Vorlage wird ohne Debatte vom Landtag angenommen.

3. Bericht der Kommission für die Lebensversicherungsanstalt über die Provinzialausführungsvorlage, betr.

### Errichtung einer Provinzial-Lebensversicherungsanstalt in Sachsen.

Der Berichterstatter Abg. Treumann-Mühlhausen gibt zunächst noch einmal zusammenfassend einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Beschlusses der Errichtung einer Provinzial-Lebensversicherungsanstalt. Er sagt noch einmal die Aufgaben der öffentlichen Lebensversicherung zusammen und legt die Frage vor: „Soll die Provinz die Aufgabe der öffentlichen Lebensversicherung in die Hand nehmen?“ Mit dieser Frage habe sich die Kommission in den letzten Tagen eingehend beschäftigt. Sie hat sich rechtlich bemüht, die Frage von allen Seiten zu beleuchten. Denn sie befand nicht ausschließlich aus ausgesprochenen Freunden oder ausgesprochenen Gegnern der Sache. Es sei in der Kommission manches gegen die Vorlage geltend gemacht worden. Man habe ausgeführt, ein Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Lebensversicherungsanstalt läge nicht vor. Es seien Bestürzungen hinsichtlich des unvermeidlichen Konkurrenzkampfes zwischen öffentlich-rechtlichen und Privatversicherungen geäußert worden, bei dem die öffentliche Versicherung dann unterliegen würde. Man habe also befürchtet, das viele Geld umsonst auszugeben. Man habe ferner angeführt, daß man sich auch wegen der sozialdemokratischen „Vollfürsorge“ nicht allzu sehr zu beunruhigen brauche, da ja die Sozialdemokratie sich mit dieser Institution selbst ins Gesicht schlägt und außerdem ja bereits die Wittengenschaft für Vollfürsorge gegründet sei. Aus diesen Erwägungen heraus habe der Abg. Duvigneau in der Kommission die Ablehnung der Vorlage beantragt. Man habe nun lange in der Kommission hin und her gesprochen. Die Mehrheit sei aber schließlich der Ueberzeugung geworden, daß ein Konkurrenzkampf zwischen öffentlich-rechtlicher Versicherung und der Privatversicherung beiden Teilen nur förderlich und daß der Gedanke, die Privatversicherungen würden unter der neuen Einrichtung zu leiden haben, ausgeschlossen sei. Man sei vielmehr der Ansicht gewesen, daß öffentliche und Privatversicherung sich zusammenfügen müßten. Auch die Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Beamten wurden von der Kommission nicht für schwerwiegend genug erachtet. Es sei in der Kommission der Antrag gestellt worden, man solle die Anstalt lediglich auf die Volksversicherung beschränken. Dieser Antrag sei mit Rücksicht auf die Rentabilitätsfrage abgelehnt worden. Der springende Punkt und das entscheidende Moment für den Beschluß der Kommission sei aber die Frage gewesen: Was hat man gegen die sozialdemokratische „Vollfürsorge“ zu tun? Die Sozialdemokratie lasse kein Mittel unversucht, an die Leute heranzukommen und sie an sich zu fesseln. Hiergegen glaubte die Kommission in der neuen Einrichtung einen wirksamen Schutz gefunden zu haben. Deshalb habe sie den Antrag Duvigneaus abgelehnt und beschloffen, dem Antrag des Provinzialausführungsvorlages zuzustimmen.

Es wird beschloffen, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen und gleich in die Behandlung der Satzungen der eventuell zu errichtenden „Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen“ einzutreten. Der grundlegende § 1 der Satzungen lautet: Zur Förderung der allgemeinen Wohlfahrt, insbesondere zur Verminderung der Verfallung, Befestigung des Viehes und Sehhaltmachung der Bevölkerung errichtet der Provinzialverband von Sachsen mit landesherrlicher Genehmigung eine öffentlich-rechtliche Lebensversicherungsanstalt als Provinzialanstalt zum Betriebe aller Arten der Lebensversicherung einschließlich der Vollversicherung.“ Zu diesem bemerkt

Abg. Biefand-Torgau: Keiner der Rundgebungen der Privatversicherungen, vor allem aber der Handelskammern, kann man nicht ohne weiteres hinweggehen und sie nicht mit Schlagworten abtun. Auch Privatstimmern, sogar solche aus landwirtschaftlichen Kreisen, hätten sich gegen die Vorlage erhoben. Den Vorwurf, daß die Privatversicherungen das Kleingeld, die Vollversicherung, nicht genügend

verlege, hält Redner nicht für berechtigt. Zum Beweise führt er einen Fall an, in dem eine Gesellschaft eine besondere Agentur für Vollversicherung eingerichtet hat. Immerhin glaubt der Redner auch nicht, daß den Privatversicherungen durch die neue Lebensversicherung nennenswerte Konkurrenz gemacht werde. Denn es sei noch sehr viel Neuland zu bearbeiten. Bedenken hat der Redner jedoch hinsichtlich der Verwendung der Kommissare der Versicherungsgesellschaft oder Agenten. Was auch nach ihm veranlassen, die Vorlage zu beschließen, sei die Gefahr, die von der sozialdemokratischen „Vollfürsorge“ drohe. Hiergegen sei die geplante Einrichtung ein wirksames Gegenmittel. Redner spricht die Hoffnung aus, daß öffentliche und Privatversicherungen Hand in Hand arbeiten und sich im gemeinamen Kampf gegen die Sozialdemokratie finden mögen.

Oberpräsident v. Hegel: Zur Illustration der Worte des Vorredners hinsichtlich des noch vorhandenen Neulandes sei die Lebensversicherung möchte ich erwähnen, daß ich statistisch habe feststellen lassen, daß in der Provinz Sachsen der Durchschnitt derer, die bei einem Einkommen von über 3000 M. sich in einer Lebensversicherung befinden, 45 Proz. beträgt. In 50 M. beispielsweise beträgt die genaue Zahl 48 Prozent. Es ist anzunehmen, daß bei denen, die ein geringeres Einkommen haben, die prozentuale Ziffer noch weitaus niedriger ist.

Abg. Baensch-Magdeburg: Es sind in der ersten Lesung Worte gefallen, die eine Berichtigung notwendig machen. Gegen die Privatversicherungen, namentlich gegen ihre Streitigkeiten, sind schwere Vorwürfe erhoben worden. Doch hat schließlich jeder das Recht, seine Meinung äußern zu können. Redner thematisiert des weiteren gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Rie in der ersten Lesung um sucht in ihnen Widersprüche nachzuweisen. Der Redner gibt dann seinem Erlaunen darüber Ausdruck, daß man so ohne weiteres an den Urteilen der Handelskammern vorbeizugehen sei, die doch sonst in wirtschaftlichen Fragen stets als Autoritäten zu gelten pflegen. Er habe deshalb die Hoffnung gehabt, daß es sich doch noch ermöglichen ließe die Angelegenheit bis zur nächsten Session des Landtages zu vertagen. Man hätte dann mehr Ruhe gehabt, die Entwicklung des Verbandes öffentlicher Lebensversicherungsanstalten zu beobachten. Die bisher von diesem Verbands erzielten Erfolge erscheinen dem Redner noch verhältnismäßig gering; denn es komme weniger auf den Umsatz als auf das Gewinn- und Verlustkonto an. Man solle deshalb nicht allzu übertriebene Hoffnungen hegen. Man hätte ähnlich wie die Provinzen Hannover und Westfalen die Entscheidung in dieser Angelegenheit noch vertagen sollen. Das wäre vorstichtiger und nützlicher gewesen.

Abg. Dr. Rie: Falls bemerkt zunächst persönlich, daß es ihm fern gelegen habe, wenn er bei der ersten Lesung von Vertretern der Privatversicherung gesprochen habe, auf Mitglieder des Hauses anzusprechen. In der Sache selbst greift der Redner noch einmal die ihm am wichtigsten erscheinenden Punkte heraus. Den Privatversicherungen wirft er mangelndes soziales Wollen vor. Denn, wie sozial denkt, wird stets jede Kraft willkommen heißen, die seinen sozialen Gedanken weiterträgt. Das Gegenteil sei bei der Privatversicherung der Fall gewesen. Schließlich liegt der Fall bei dem Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Privatversicherung hat zwar die Vollversicherung eingeführt. Doch ist es zum mindesten zweifelhaft, ob sie das aus sozialem Wollen, aus Gesinnung gegen die Sozialdemokratie, oder nicht etwa mit Rücksicht auf die Einführung der Vollversicherung bei der öffentlichen Versicherung getan habe. Der Redner unter sucht dann den heutigen Stand der sozialdemokratischen Bewegung. Er weist darauf hin, daß sie, der größte Feind des Kapitalismus, jetzt, wo der Glanz der sozialdemokratischen Idee zu verbleiben beginnt, wo die Idee nicht mehr siegt, ihre Erfolge mit Hilfe des Kapitals zu erreichen sucht. Pflicht sei es deshalb, mit allen Mitteln in den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen. Die Privatversicherung sollte sich freuen, einer Bundesgenossen gegen die Sozialdemokratie in der öffentlichen Versicherung zu finden. Hat sie sich getraut? Die Bedenken hinsichtlich der Verwendung der Beamten erscheinen dem Redner insoweit gerechtfertigt, als die dienstlichen Interessen dieser Verwendung entgegenstehen. Im übrigen weist er darauf hin, daß ja die Privatversicherung selbst sich schon häufig der Beamten zur Einführung ihrer Versicherung bedient habe. Die Privatversicherungen heften ja in engem Konnex mit den Behörden. Hierin erblicke er einen Widerspruch in der Stellung der Privatversicherung zu dieser Frage, wie er überhaupt die ganze Stellungnahme der Privatversicherungen widersprüchlich finde. Was die Handelskammern anbelange, so sei deren Stellungnahme eigentlich selbstverständlich, da sie ja durch ihre Zusammenlegung zu Anwälten der Privatversicherungen berufen seien. In Magdeburg beispielsweise wären allein 4 Vertreter des Versicherungsgewerbes in der Kommission der Handelskammer für die vorliegende Frage vertreten gewesen. Mehrere hätten nicht alle Handelskammern sich absehend geäußert. Von den Handwerkskammern sei gar nicht die Rede gewesen. Was eine eventuelle Vertagung der Angelegenheit anbelange, so sieht der Redner deren Zweck nicht recht ein, zumal da die bisher gemachten Erfahrungen sehr günstige seien. Der Redner gibt zum Schluß seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Vorlage so festiger Opposition begegnet sei. Am gründlichsten habe die Kommission zu Worte bekommen können, und wenn sie schließlich zu dem Resultat gekommen sei, die Vorlage mit 12 gegen 3 Stimmen zu beschließen, so sei das das Ergebnis sorgfältigster Prüfungen.

Abg. Dr. Ludwig-Erfurt teilt mit, daß angeichts der Mehrheitsverhältnisse ein Antrag auf Vertagung nicht gestellt werden würde. Im einzelnen wendet er sich gegen die Ausführungen des Vorredners und betont seinen bereits bei der ersten Lesung festgelegten Standpunkt. Was die Handelskammern anbelange, so seien sie nach seiner Meinung nicht allein Vertreter des Kaufmannstandes, sondern Re-

**Freier der Allgemeinheit.** Die in Bezug auf die Magdeburger Handelskammer gemachten Neuerungen des Vorberichts schloffen für die beteiligten Herren den Vorwurf mangelnder Objektivität in sich. Er wies diesen Vorwurf energig zurück. Dagegen, die die Abfertigung der Vorlage betraf, befanden sich in guter Gesellschaft. Bekannte Autoritäten hätten sich dagegen ausgesprochen. Von „Tiefstand der Intelligenz“, ein Wort, das bei der ersten Besung gefallen sei, könne keine Rede sein. Dem Gegner Tiefstand der Intelligenz vorzuwerfen, sei deplaziert und müsse zurückgewiesen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Persönlich bemerkt  
Abg. Dr. Rie: Er habe niemals dem Gegner Tiefstand der Intelligenz vorgeworfen. Wenn der Vorberichter das behauptet, so beruhe das auf einem irrtümlichen Zeitungsbericht („Magdeburger Zeitung“, 2. Feb.), der eine ähnliche, von seiner Seite gefallene Bemerkung falsch auslegte.  
Hierauf wird der § 1 der Satzungen angenommen und damit die

### Errichtung der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Sachsen

**Beschloffen.**  
Es wird beantragt, die übrigen Paragraphen der Satzungen mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen an bloß anzunehmen. Dies geschieht.

4. Einmalige Schlussberatung der Provinzialausführungsvorlage, betr. die geistliche Behandlung von Hochbau-Projekten.

Berichterstatter Abg. Dr. Ludwig-Erfurt erwähnt in der Begründung der Vorlage: Der Provinziallandtag hat am 19. März 1912 beschlossen, den Provinzialausführungsvorlägen: „1. auf Mittel und Wege Bedacht zu nehmen, durch die dem Provinziallandtag die Möglichkeit geboten wird, ohne Verletzung bestehender gesetzlicher Vorschriften die seiner Befehlsgewalt unterbreitenden Bauvorlagen in Bezug auf die Zweckmäßigkeit der Projektgestaltung und die Angemessenheit der zur Durchführung der Projekte erforderlichen anstandsartigen Kosten seinerseits einer gründlichen und zuverlässigen Prüfung zu unterziehen; 2. über das Ergebnis der dieserhalb anzustellenden Vorarbeiten und die behufs Erreichung des anzustrebenden Zieles zu stellenden Anträge dem nächsten Provinziallandtag Bericht zu erstatten.“ Der Provinzialausführungsvorlage, die den Wünschen des Provinziallandtages am sachgemäßesten und einfachsten entsprochen werden könnte. Er hat deshalb aus der Zahl unserer Mitglieder eine besondere Kommission für den Neubau von Anstalten eingesetzt und diese Kommission ermächtigt, von Fall zu Fall einen oder mehrere Bauverfahren für ihre Beratungen zuzugreifen. Als solche Sachverständige werden, wenn irgend möglich, bauhandverträgliche Mitglieder des Provinziallandtages herangezogen. Sodann aber beauftragt er, künftighin den Vorlagen an den Provinziallandtag, welche größere Hochbauten betreffen, ausführliche Skizzen und Kostenübersichten des betreffenden Projektes beizufügen, und diese Vorlagen so rechtzeitig in die Hände der Provinziallandtags-Abgeordneten gelangen zu lassen, daß bis zum Zulassentritt des Provinziallandtages eine ausreichende Information möglich ist.  
Der Berichterstatter beantragt namens des Provinzialausführungsvorlages, daß der Provinziallandtag sich dieser Ansicht angeschlossen.

### 5. Bericht der Kommission für die Provinzialbank

über die Provinzialausführungsvorlage, betr. Erweiterung der Provinzialbank zu einer sächsischen Landesbank, ferner über die 2. Petitionen des Haus- und Grundbesitzvereins e. V. zu Halle a. S. und des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine der Provinz Sachsen zu Magdeburg.  
Berichterstatter Abg. Krüger-Halberstadt teilt mit, daß die Kommission gegen eine Stimmenthaltung beschlossen habe, die Annahme der Vorlage zu empfehlen. Die Kommission habe sich dabei von zwei Erwägungen leiten lassen. Einmal sei die Errichtung der Provinzialbank vom formalpolitischen, dann aber auch vom sozialen Standpunkt aus sehr wünschenswert. Zu berücksichtigen sei vor allem die Notlage der kleinen Gemeinden, denen die Aufnahme ihrer Anleihen ungewisser erscheint. In sozialer Hinsicht sei die Vorlage deshalb zu begrüßen, als dadurch der Notlage, allzuhohe Zinsen zahlen zu müssen, entgegenzuarbeiten wird.  
Es wird in die Befragung des grundlegenden § 1 der Satzungen eingetreten. Dieser lautet:

§ 1.  
Der Provinzialverband von Sachsen hat die Befugnis, für Zwecke der „Landesbank der Provinz Sachsen“, und zwar durch Vermittelung der Bank Geld anzuleihen und darüber auf den Inhaber lautende, seitens der Gläubiger unfällbare Schuldverschreibungen unter der Bezeichnung „Schuldverschreibungen des Provinzialverbandes von Sachsen“ auszugeben.  
Abg. v. Bülow wendet sich gegen die Bezeichnung „Landesbank der Provinz Sachsen“.  
Abg. Dr. Ludwig-Erfurt: Da ein namentlich hinsichtlich der kleinen Kommunen dringender Notstand vorliegt, trete ich dem Antrag des Referenten bei.  
Der § 1 der Satzungen wird darauf angenommen.  
Oberpräsident v. Hegel gibt seiner Freude über das heute Geleistete Ausdruck. Der heutige Tag ist ein großer Tag für die Provinz. Selten sind hier so wichtige und so erfreuliche Beschlüsse gefaßt worden wie heute. Manche Späne sind heute gefallen. Desungeachtet sollten alle Stände und Berufsweisen in der Freude am Erreichten einig sein. Auf Antrag werden darauf die übrigen Paragraphen der Satzungen in der von der Kommission vorgeschlagenen Form an bloß angenommen.

6. Einmalige Schlussberatung der Vorlage des Herrn Oberpräsidenten, betr. Neuwahl der bürgerlichen Mitglieder der Ober-Erlasskommissionen und deren Stellvertreter in den Bezirken der 13., 14., 16. und 76. Infanteriebrigade sowie der Landwehr-Regimenten Halle und Erfurt für die Jahre 1915, 1916 und 1917.  
Berichterstatter Abg. v. Bülow bemerkt: „Mit Schluß des Jahres 1914 endet die Wahlperiode der durch den 26. Provinziallandtag der Provinz Sachsen gewählten bürgerlichen Mitglieder der Ober-Erlasskommissionen und deren Stellvertreter in dem bisherigen I. und II. Bezirk der 13., dem I. und II. Bezirk der 14., dem II. Bezirk der

15., dem I. und II. Bezirk der 16., dem Bezirk der 76., und dem I. Bezirk der 44. Infanterie-Brigade.“ Redner schlägt eine Anzahl Herren zur Neuwahl vor.  
Der Landtag beschließt demgemäß.

7. Bericht der Rechnungs-Kommission über die Prüfung und Entlastung von 122 Rechnungen, und Bericht derselben Kommission über die Provinzialausführungsvorlage, betr. die bei der Provinzialhauptverwaltung in den Rechnungsjahren 1911 bis 1912 vorgenommenen Etatsüber-schreitungen und die Vermaltungsüberläufe derselben Jahre.  
Berichterstatter Abg. Wischek legt die Etatsüber-schreitungen und Vermaltungsüberläufe dar und berichtet über den Modus der Rechnungsprüfungen.

Er beantragt, der Provinziallandtag wolle beschließen: 1. von dem Berichte der Rechnungs-Kommission vom 4. März 1913 Kenntnis zu nehmen. 2. die Rechnungsleger der im Kommissionsbericht aufgeführten 122 Rechnungen gemäß den Gutachten der Kommission und insbesondere unter den in diesen vorgeschlagenen Vorbehalten zu entlasten. 3. von Kreisen und Gemeinden für die Beträge, welche sie der Provinzial-Hauptstelle schulig bleiben, jedoch nicht rechtzeitig abführen, Verzugszinsen zu fordern. 4. wie von dem Provinzialausführungsvorlage Nr. 3, betr. Etatsüber-schreitungen usw., vorgeschlagen. 5. den Herrn Landeshauptmann zu erlauben, dem Leiter der Erziehungsanstalt Nordhausen Innehaltung des Anstaltses auf neue zur Pflicht zu machen und ihm zu eröffnen, daß er für ungeschäftliche Etatsüberschreitungen unbedingt verantwortlich gemacht werden und daß jede Etatsüberschreitung als ungeschäftlich angesehen werden wird, für welche die Genehmigung nicht rechtzeitig eingeholt ist, trotzdem das möglich war.  
Die Anträge werden vom Landtag angenommen.

8. Bericht der Hausalt-Kommission über die Provinzialausführungsvorlage, betr. Nachtrag zum Reglement der Witwen- und Waisenverorgungsanstalt (Erhöhung der Bezüge der Waisenunterstützten).

Berichterstatter Abg. Reimar u. begründet folgenden Antrag: Der Provinziallandtag wolle folgenden Nachtrag zum Reglement der Witwen- und Waisenverorgungsanstalt für die Provinz Sachsen beschließen: Die von dem XXII. Provinziallandtag der Provinz Sachsen am 19. März 1908 beschlossenen Änderungen des Reglements der Witwen- und Waisenverorgungsanstalt der Provinz Sachsen sowie alle Bestimmungen dieses Reglements in seiner Fassung vom 19. August 1903 gelten vom 1. April 1914 ab auch für die Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1907 verstorbenen Beamten mit der Maßgabe, daß Nachzahlungen für die Zeit vor dem 1. April 1914 nicht geleistet werden.  
Der Antrag wird vom Landtag ohne Debatte angenommen.

9. Bericht der Hausalt-Kommission über den Sonderhaushaltsplan der Witwen- und Waisenverorgungsanstalt. Berichterstatter Abg. Schmelz. Der Hausaltplan wird an bloß angenommen.  
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Oberpräsident v. Hegel gibt bekannt, daß im Laufe der nächsten Zeit eine Sammlung großer Stills zum Besten des „Roten Kreuzes“ veranstaltet werden wird. Es sind jetzt 50 Jahre her, daß die Genier-Konvention es ins Leben rief. Doch je das Jubiläumsjahr nicht der eigentliche Anlaß der Sammlung. Dieser liege vielmehr in der Verklärung unserer Heeresmacht und der dadurch bedingten Verklärung des Sanitätswesens. Das Sanitätswesen bedarf unbedingt privater Hilfe. Zu dieser Hilfe wollen wir vor allem auch diejenigen heranziehen, die am Weltkrieg nicht beteiligt waren. Deshalb habe man ein Plakat gefaßt, zu diesem Zweck am 10. Mai in der ganzen Provinz einen großen Plakat abzugeben. Der Redner bittet, den Plakat zu unterstützen.  
Es folgt eine geheime Sitzung.  
Nächste Sitzung: Sonnabend früh 9 Uhr.

### Vermischtes.

**Der verschwundene Bürgermeister von Bad Brückenau.**  
Das Verschwinden des Bürgermeisters von Bad Brückenau, des Posthalters Peter Reinwald und seiner Frau, über das schon berichtet wurde, wird in Zusammenhang gebracht mit der großen Schuldenlast, die Reinwald im Laufe der Jahre kontrahiert hatte. Man sagt, daß die Verbindlichkeiten des Mannes fast eine halbe Million Mark betragen. Anger der jüdischen Gemeindefälle, die um mehr als 100 000 Mark geschädigt sein soll, habe auch eine große Reihe von Bürgern der Stadt und namentlich viele kleine Leute erhebliche Verluste erlitten. Mit vieler Rührung hat es Reinwald im Laufe der 8 Jahre, in denen er Bürgermeister war, verstanden, alle möglichen Leute anzuborgen, ohne daß diese untereinander davon Kenntnis erhielten. Wobin sich Reinwald begeben hat, weiß man noch nicht, man nimmt aber an, daß er inzwischen Zeit gefunden hat, mit seiner Frau nach Amerika zu entkommen. Es verlautet allerdings auch, daß er sich mit seiner Frau bei Verwandten in Frankfurt a. M. aufhält. In einer Gläubigerversammlung wurde die Eröffnung des Konkurses beantragt. Reinwald hat drei erwachsene Kinder, die er in Bad Brückenau zurückgelassen hat.

**Das Befinden der beiden durch einen operativen Eingriff getrennten Kinder.** Das Befinden der beiden durch einen operativen Eingriff getrennten sächsischen Zwillinge Ganna und Margarete ist, wie aus Paris gemeldet wird, bisher befriedigend. Es hätten keinerlei andere Komplikationen eintreten und die beiden Kinder können bereits als getrennt betrachtet werden. Die Befürchtungen, daß durch die getrennte Aufnahme der Verdauungsstätigkeit Komplikationen eintreten könnten, sind nicht zugefallen.

**Ein Pfeilhänder, der nicht leben kann.** Das Schwurgericht in Nürnberg verhandelte gegen den Schirmhändler Eugen Schmidt aus Bayreuth wegen Pfeilergeschens. Er hatte auf den Dörfern gedruckte Pfeilergeschens verbreitet, deren Verlesung auf Serrengelichnissen in vorgerückter Stunde besonders fidele Stimmung hervorgerufen bestimmt war. Der Angeklagte wollte die Zettel gegen einen alten Regenschirm eingetauscht haben und wies nach, daß er gar nicht leben könne und den Inhalt seiner „Pfeilergeschens“ nicht gelassen habe. Er wurde aber trotzdem wegen großen Unjugs zu 3 Wochen Haft verurteilt.

**Ein geistesstarrer Prophet.** Wie der „Matin“ berichtet, kündigte dieser Tag ein eleganter kleiner Herr auf dem Boulevard des Italiens den Vorübergehenden im Namen des Propheten Daniel an, daß die Stadt Paris in allernächster Zeit von einem schrecklichen Unglück betroffen werden würde. Er habe einen Traum gehabt, daß ein furchtbarer Orkan den Boulevard heimjagen und daß die Kirche dortselbst bis an

den Altar mit Wasser gefüllt werde. Der merkwürdige Prophet, der, wie der „Matin“ bemerkt, durch seinen deutschen Akzent auffiel, wurde von Polizeibeamten in Haft genommen. Auf dem Polizeibureau gab er an, ein Deutscher mit Namen August Unterjes zu sein und im Faubourg Saint Martin Nr. 256 zu wohnen. Man glaubt, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben.

### Sport-Nachrichten.

**Dem Berliner Sechstages-Rennen.**  
Berlin, 6. März. Der Beginn des zweiten Tages des Sechstages-Rennens geht in unvorzähliger, scharfer Tempo an. Um 6 Uhr morgens sind 1008,162 Kilometer zurückgelegt, um 7 Uhr ist der Stand des Rennens 1127,100 Kilometer (Weltrekord). Die Epigengruppe ist unverändert. Um 6 Uhr morgens wird die Halle geräumt, und die letzten 500 Meter, die nachts über Standhaft ihre Plätze bewachten, müssen ausziehen. Um 7 Uhr kommen bereits zögernd die ersten neuen Zuschauer. Das Tempo verlangsamt sich etwas. Wieser ist der Weltrekord, den das letzte Brüsseler Sechstages-Rennen gesehen hat, um mehr als 12 Kilometer geschlagen.

### Letzte Depeschen.

**Der Kaiser in Bremerhaven.**  
Bremerhaven, 6. März.  
S. M. der Kaiser ist an Bord des Linien Schiffes „Deutschland“ um 6 Uhr abends auf der hiesigen Reede eingetroffen.  
Die Kaiserin zu Besuch in Braunschweig.  
Braunschweig, 6. März.  
Die Kaiserin ist heute nachmittag 4.03 Uhr hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof hatten sich der Herzog und die Herzogin mit Geolge am Empfang eingeleitet. Nach kurzer Begrüßung führen die hohen Herrschaften, von freudigen Zurufen begrüßt, im Automobil langsam zum Schloß. In der Begleitung der Kaiserin befinden sich Hedwige Gräfin Rankau und Kammerherr Frhr. v. Epigengberg.

**Eröffnung des rumänischen Parlaments. - Thronrede.**  
Bukarest, 6. März.  
Das Parlament wurde heute vom König durch Botschaft der Thronrede feierlich eröffnet. König Carol, der vom Erbinen begleitet war, wurde bei seinem Erscheinen von den versammelten Senatoren und Deputierten mit Ovationen begrüßt. Die Thronrede lautet u. a.: Die Ereignisse des letzten Jahres insbesondere werden allgemein die Wichtigkeit unserer internationalen Stellung darunter und noch mehr die Wichtigkeit hervorheben, die unsere gesunde und unabhängige Existenz uns auferlegt. Die ständig sich entwickelnde Organisierung der Armee und die Konsolidierung der Staatsfinanzen durch den Aufschwung der Arbeit und der Volkswirtschaft werden es gestatten, die Stellung, auf die wir stolz sind, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu verbessern. Ich bin glücklich, die ausgeübten Entscheidungen des Königs anerkennen zu können, die ein nützlich schaffendes. Die Armee hat dank ihrer Eigenschaften und dank dem abgesetzten Aufschwung, von dem sie im vergangnen Jahre einen Beweis erbracht hat, ihre Prestige erhöht und unseres Volkes Dankbarkeit erworben. Ihre Bedürfnisse machen neue Verbesserungen notwendig, die Sie, denen ich mich anvertraue, bewilligen werden. Die budgetären Geleise werden trotz der notwendigen Verbesserungen aus finanziellen Gesichtspunkten nicht beeinträchtigen. Die Realisation wird auch ein organisches Geleise über die Dobruja unterbreiten, welches dort eine gute Verwaltung sichert.

**Keine Probemobilisierung in Rußland.**  
Petersburg, 6. März.  
Anlaßlich des Artikels einiger Blätter über eine angeblich bevorstehende Probemobilisierung in Rußland ist die Petersburger Telegrammagentur ermächtigt, festzustellen, daß die Nachricht von Tatsachen nicht entspricht. Da eine allgemeine Probemobilisierung gar nicht ins Auge gefaßt sei, und sich die diesjährigen militärischen Übungen dem Umfange nach von den frühesten durch nichts unterscheiden.

### Pulverbrand.

**Stettin, 6. März.**  
In einem Wert der hiesigen Zweigniederlassung der Vereinigten Köln-Rottweil Pulverfabriken geriet Pulver in Brand. Von den beiden im Wert beschäftigten Arbeitern konnte sich der eine rechtzeitig retten, während der andere verbrannte.

**Ordnensverleihung.** Aus Berlin, 6. März, wird gemeldet: Dem Geheimen Kommerzienrat C. a. a. auf Schloß Raulnau bei Strehlberg (Schlesien) wurde der Kronenorden 2. Klasse verliehen.  
**Schmalzer der Saale.** Aus Jena, 6. März, wird telephoniert: Die Saale führt infolge anwachsenden Unwetters Hochwasser. Der Hochwasserstand ist in Tägigkeit getreten. Vom Uferlauf der Saale wird ein Schaden des Schmalzers von 1,40 Meter gemeldet.  
**Eine weitere Verurteilung des Zigeuners Ebender.** Aus Bamberg a. B. Bam, 6. März, wird gemeldet: Von dem Schwurgericht wurde nach längerer Sitzung der Zigeuner Ernst Ebender, der in Hanau wegen Diebstahls an einer Schieberlei in Bamberg zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus bestraft worden war, wegen verurteilten Totschlags zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus, 10jähriger Verbannung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ebender hatte in der Nacht vom 21. auf 22. August gemeinsam mit seinem Verbundenen Wilhelm Ebender und zwei unbekannten Genossen auf die Zigeuner Karl Weis und Peter Reinhardt bei Dischhausen geschossen.

### Bäder und Kurorte.

**Bad Orb.** Eine wissenschaftliche Aenderung in den Baderverhältnissen hat sich in Hünfelder Zeit vollzogen. Seit dem Jahre 1839 betrieb die Firma Schmeitzel & Müller ein eigenes Goldbadhaus. Die dafür noch ehemaligen bayerischen Salinen-Betrieb wurde durch Übernahme auf Goldbezug ist von der Bad-Orb-Gesellschaft mit Verschluß des ehemaligen alten Bades, welches zuletzt als Dependance benutzt wurde, zum Preise von 30 000 Mark aufgekauft worden. Das den Fürstentum der Reusitz nicht mehr entsprechende Badhaus wird abgebrochen. Ebenso beabsichtigt die Bad-Orb-Gesellschaft, das alte Badhaus II abzureißen und einen Neubau zu errichten. Mit diesem wird demnächst begonnen werden.





Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators.